Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : die amerikanische Offensive ; Die russische Gegenoffensive ; Gefährliche Wege ; Der Kampf um Deutschland ; Das andere Amerika regt sich ; Westeuropa ; Der Osten und Südosten ; Die Dritte Kraft

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139068

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

einiges andere nötig als nur die Erringung der Macht mittels Terror, Liquidationen und Deportationen.

Es ist gut, wenn wir radikal-antikapitalistisch sind, aber zuerst müssen wir über das Wesen eines solchen Radikalismus bei uns selbst Klarheit schaffen, sonst verfallen wir der Phrase, dieser Erbkrankheit des Radikalismus. Es ist gut, nicht reaktionär zu sein. Aber wer ist reaktionär? Nach unserer Meinung sind es etwa diejenigen, die zum Beispiel hinter die Ideale der Französischen Revolution zurückgehen, die Menschenrechte abschaffen und die mittelalterliche Folter wieder einführen. Jeder «liberalistische» Durchschnittsbourgeois, der wenigstens noch weiß, daß seine Mitmenschen das Recht haben, eine Meinung zu besitzen und zu äußern, ist eine erfreulich fortschrittliche Erscheinung im Vergleich zu denen, die nach Einparteiensystemen und nach Aufhebung der Glaubens- und Gewissens-, der Rede- und Pressefreiheit schreien.

Man mag uns Ketzernamen wie «liberalistisch» oder «Röpke» anhängen. Es gibt Leute, die vor solchen gebrandmarkten Namen zittern wie die Menschen vor fünf Jahrhunderten zitterten, wenn sie vor dem Großinquisitor der Leugnung der Trinität überführt wurden. Wir unserseits sind der Meinung, daß die geistige Arbeit an den Begriffen Kapitalismus, Sozialismus, Liberalismus usw. noch lange nicht derart abgeschlossen ist, daß wir schon in der Lage wären, ihre Resultate zu dogmatisieren, zu kanonisieren, sakrosankt zu erklären und die Inquisition gegen die Ketzer in Gang zu setzen. Wir glauben, daß nur eines verheißungsvoll ist im geistigen Kampf, in der Politik und im Kampf um den Frieden: die Freiheit. *Paul Trautvetter.*

Weltrundschau

Die amerikanische Offensive

Das neue Jahr hat vom alten die großen, drängenden Weltprobleme geerbt – zugleich aber auch die falschen Rezepte für ihre Lösung. Das gilt vor allem von den beiden uns nun allmählich nur allzuwohl vertrauten Hauptversuchen, der Nachkriegsmenschheit Ordnung, Wohlstand und Freiheit zu geben, Versuchen, deren Gegensätzlichkeit aber umgekehrt nur verewigte Unordnung, Not und neuen Krieg zu erzeugen droht, und die wir zu Beginn des neuen Jahres in voller Entfaltung begriffen sehen: die amerikanisch-kapitalistische und die russisch-kommunistische Weltunternehmung.

Das Ziel der *amerikanischen Offensive* kann nicht zweifelhaft sein. Es besteht darin, to make the world safe for capitalism, die Herrschaft des Kapitalismus – des «freien Unternehmertums» – in der Welt sicherzustellen. Der Ausbreitung des Sozialismus und Kommunismus, die im Gefolge des zweiten Weltkrieges die Völker erneut mit Macht

zu erfassen drohten, mit allen Mitteln zu wehren und dafür der Profitwirtschaft allerorten, wo sie in Gefahr steht, freie Bahn zu schaffen – das ist offensichtlich zum Hauptinhalt der Außenpolitik der Vereinigten Staaten geworden. Henry Wallace spricht es in der «New Republic» freimütig aus:

«Milliarden sind im Namen der Furcht bewilligt worden, um die ganze Welt gegen den Kommunismus aufzubringen und zu bewaffnen. Aber wofür? Sicher nicht für das Wohl der Menschheit. Die Männer, die Roosevelts Neue Politik bekämpft haben... täuschen niemanden. Sie kämpfen für Märkte und Profite; sie kämpfen nicht für die Menschheit... Die amerikanischen Imperialisten, die sich als Verteidiger der amerikanischen Demokratie gegen die rote Drohung aufspielen, sind interessiert an der Ausdehnung nicht des Bereiches menschlichen Glücks, sondern menschlicher Ausbeutung. ... Der Kern ihres neufaschistischen Programms sind schwere Rüstungen, allgemeine Wehrpflicht, weniger Demokratie und anmaßende Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen im Namen des Schutzes von Freiheit, Demokratie und freien Wahlen... Temperament und Ehrgeiz treiben sie an, einen starken und kostspieligen Apparat aufzubauen, mit dem sie die Welt in Betrieb setzen wollen.»

Die Verkündung und Anwendung der *Truman-Doktrin* – tätige Unterstützung aller von der Sowjetunion bedrohten «freien» Länder, zunächst einmal des reaktionären Griechenlands und der halbabsolutistischen Türkei – war die erste Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel; die Verheißung und Ausarbeitung des *Marshall-Plans* – amerikanische Wirtschaftshilfe großen Stiles für ein sich selbst helfendes Europa – stellt die zweite Etappe dar, deren erster Zwischenhalt mit der Unterzeichnung der Abkommen über die Notunterstützung an Frankreich, Italien und Österreich bereits erreicht worden ist. Die mystischen Nebel, die man jetzt um den Marshall-Plan herum zu erzeugen sucht*, werden ja keinem, der sehen will, den Blick trüben. Die Absicht seiner Väter und Gönner ist klar genug. Sie wollen erstens einmal verhindern, daß Hunger und Not die Völker dem Kommunismus in die Arme treiben. Sie wollen zweitens – positiv gesprochen – die europäische Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage wieder aufbauen und in Gang bringen. Und sie hoffen drittens, aus einem dergestalt organisierten Mittel- und Westeuropa – dessen Herzstück Deutschland wäre – ein Bollwerk zu machen, das im Krieg und Frieden nützliche Dienste für die Zurückdrängung der Sowjetunion und ihres Einflusses auf die Völker leisten könnte. Aus *eigener* Kraft – das ist heute klar – kann sich der europäische Kapitalismus nicht wieder aufrichten. Dafür fehlen ihm wesentliche Voraussetzungen. Soll also Europa nicht *sozialistisch*

* Das Bankhaus Bär & Co. in Zürich schreibt in einem seiner Wochenberichte: «In der modernen Gesellschaftsordnung ist die Hilfsbereitschaft und die Hilfspflicht der gut situierten Bevölkerungsschichten gegenüber den ärmeren Schichten zu einer absoluten Selbstverständlichkeit geworden (darum der Kampf gegen die Altersversicherung! H. K.) ... Der tiefere Sinn des Marshall-Planes ist darin zu erblicken, daß ... die Hilfstätigkeit in der privaten Sphäre und innerhalb der Staatsgebilde auf internationalen Boden übertragen werden soll.» Es ist immer ein erhebender Anblick, wenn Bankiers moralisch werden...

oder gar *kommunistisch* wieder in Form gebracht werden, so muß es eben von Amerika, dem Kernreiche des Weltkapitalismus, her gestützt und für das «freie Unternehmertum» gerettet werden. Das ist der Grundgedanke des Marshall-Planes.

Daß die Länder, die bereits zur russischen Einflußzone gehören, oder in denen die kommunistische Bewegung stark ist, von der amerikanischen Unterstützung ausgeschlossen sind, versteht sich unter diesen Umständen von selbst; kein Wunder, daß man sich in Frankreich und Italien beeilt hat, den kommunistischen Ministern den Stuhl vor die Türe zu setzen. Aber auch für eine *sozialistische* Neugestaltung Mittel- und Westeuropas kann im Rahmen einer «marshallisierten» Wirtschaft kein Raum sein; die Schaffung einer europäischen Föderation sozialistischen Charakters, wie sie jetzt mehr und mehr auch in britischen Labour-Kreisen ins Auge gefaßt wird, ist in *diesem* Rahmen nicht möglich, auch wenn von amerikanischer Seite kein förmlicher Einspruch dagegen erhoben wird. Ob die Vereinigten Staaten an ihre Europahilfe bestimmte politische *Bedingungen* knüpfen, darauf kommt es tatsächlich viel weniger an als auf den *Sinn* und die *Wirkungen* der ganzen Aktion – und darüber sind die Empfänger der Hilfe genau so gut im Bild wie die Geber. Es wäre wirklich das erste Mal in der Geschichte, daß ein Unternehmen dieses Umfanges ins Werk gesetzt würde, ohne daß, wer bezahlt, irgendwie auch beföhle. *So* uneigennützig und unkaufmännisch ist man nicht einmal in Amerika.

Nein, die amerikanische Finanz- und Warenhilfe, weit entfernt, ein politisch neutrales Mittel zur Wiederaufrichtung «der Wirtschaft» in den kriegsgeschädigten Ländern Europas zu sein, ist tatsächlich nichts anderes als ein Werkzeug der sozialen Konservation und kapitalistischen Restauration, ja der eigentlichen Gegenrevolution. Europa soll im amerikanisch-kapitalistischen Geist wieder aufgebaut werden, und darüber soll sich dann, als Krönung des Gebäudes, der amerikanische *Weltfrieden* und die amerikanische *Weltordnung* wölben, dem «American Century», dem «Amerikanischen Jahrhundert», das Henry Luce verkündet und die Staatsmänner des «Größeren Amerikas» zur Wirklichkeit zu machen suchen, ebenso sein Gepräge gebend, wie die Pax Romana, der Römische Frieden, das Augusteische Zeitalter und die ihm folgenden Jahrhunderte gekennzeichnet und mit Glanz übergossen hat.

Die russische Gegenoffensive

Nur stehen leider auch heute schon wieder die gräßlichen Barbaren bereit, um eine auf Unrecht gegründete, von wirtschaftlichen Sprengkräften erschütterte, von sozialen Gegensätzen zerrissene falsche Weltordnung ruchlos zu zerschlagen. Das schlechte Gewissen der bürgerlich-kapitalistischen Welt sieht nicht ohne Grund im Kommunismus, ja auch in jedem radikalen Sozialismus, den großen Gegner der bestehenden Gesellschaft und in der Sowjetunion den «Feind Nr. 1», auf dessen

Niederwerfung alle Anstrengung zu vereinigen sei. Und der Weltkommunismus, mit der Sowjetunion im Rücken, sammelt seinerseits nicht ohne Grund alle Kräfte auf den Widerstand gegen den von den Vereinigten Staaten geführten Weltkapitalismus und insbesondere auf die Durchkreuzung des amerikanischen Europaplanes. Mit voller Deutlichkeit kommt das in der Rede zum Ausdruck, die Andrej *Schdanow* im Namen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion an der Gründungskonferenz der «Kominform» gehalten hat.

«Je mehr wir uns vom Kriegsende entfernen», so heißt es darin, «desto klarer treten die beiden Hauptrichtungen der internationalen Politik der Nachkriegszeit hervor, welche der Einteilung in zwei hauptsächliche Lager der politischen Kräfte entsprechen, die in der Weltarena auftreten: einerseits das imperialistische und antidemokratische Lager und anderseits das antiimperialistische und demokratische Lager... Das Hauptziel des imperialistischen Lagers besteht in der Festigung des Imperialismus, in der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, in der Bekämpfung des Sozialismus und der Demokratien und in der Unterstützung der profaschistischen, reaktionären und antidemokratischen Regime und Bewegungen in der ganzen Welt... In allen Ländern stützt sich das antiimperialistische Lager auf die Arbeiterbewegung und auf die demokratische Bewegung, auf die kommunistischen Parteien, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern, auf alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in jedem Lande. Das Ziel dieses Lagers besteht darin, gegen die Gefahr neuer Kriege und der imperialistischen Expansion und für die Festigung der Demokratie und die Ausrottung der Reste des Faschismus zu kämpfen.»

Führend im imperialistischen Lager seien mit Roosevelts Tod die Vereinigten Staaten geworden. «Der Übergang des amerikanischen Imperialismus zum aggressiven und offen expansionistischen Kurs nach dem Ende des zweiten Weltkrieges kommt sowohl in der Außenpolitik als auch in der Innenpolitik der Vereinigten Staaten zum Ausdruck... Die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Vereinigten Staaten der konkrete Ausdruck der expansionistischen Bestrebungen... Der Zweck der verhüllten und absichtlich unklaren Formeln des Marshall-Planes besteht darin, einen durch Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten gebundenen Staatenblock zu bilden und den europäischen Staaten amerikanische Kredite zu offerieren, als Preis ihres Verzichts auf ihre wirtschaftliche und später politische Unabhängigkeit. Das Wesentliche des Marshall-Plans ist deshalb der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriegebiete Westdeutschlands... Man wußte zum voraus, daß die Sowjetunion sich weigern werde, die Vorschläge für eine amerikanische Hilfe nach den von Marshall formulierten Bedingungen zu diskutieren; aber man wollte davon profitieren und versuchen, der Sowjetunion die Verantwortung aufzubürden für ‚die Verweigerung der Mithilfe am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas' und auf diese Weise die europäischen Länder, welche wirkliche Hilfe brauchen, gegen die Sowjetunion aufzubringen. Hätte dagegen die Sowjetunion an den Verhandlungen teilgenommen, so wäre es ein Leichtes gewesen, die Länder Ost- und Südeuropas in die Falle des ‚wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas mit Hilfe Amerikas' zu locken. Während der Truman-Plan auf die terroristische Einschüchterung dieser Staaten setzte, verfolgte der Marshall-Plan den Zweck, die Festigkeit ihrer wirtschaftlichen Lage abzutasten, sie zu verführen und sie dann über die Dollarhilfe zu fesseln...

Seinerzeit wurde der Plan zur ‚Dawisierung' Europas zu Fall gebracht, als die Widerstandskräfte gegen den Dawes-Plan den heutigen weit unterlegen waren. Jetzt bestehen im Nachkriegseuropa, abgesehen von der Sowjetunion, vollständig genügend zahlreiche Kräfte, welche, wenn sie ihren Willen und ihre Entschlossenheit zeigen, diesen Plan zur Unterdrückung Europas zu Fall bringen können. Was die

Sowjetunion angeht, so wird sie alle ihre Kräfte darauf verwenden, diesen Plan zu verhindern... Da der größte Teil der Führer der sozialistischen Parteien (hauptsächlich die englischen Arbeiterparteiler und die französischen Sozialisten) sich als Agenten der imperialistischen Kreise der Vereinigten Staaten Amerikas betragen, fällt den Kommunistischen Parteien die besondere historische Rolle zu, sich an die Spitze des Widerstandes gegen den amerikanischen Plan... zu stellen und entschlossen alle inneren Helfershelfer des amerikanischen Imperialismus zu entlarven.»

Gefährliche Wege Die Schwarz-Weiß-Malerei, die hier getrieben wird, korrigiert sich für einigermaßen kritische Augen von selbst; sie gehört nun eben einmal zum ärgerlich-vereinfachenden und verzerrenden Stil der kommunistischen Propaganda, an den man sich, scheint es, gewöhnen muß. Halten wir uns lieber an den Kern der Sache, und der liegt – zu diesem Zweck habe ich die russische Stimme hier zu Wort kommen lassen – offenkundig darin, daß die Sowjetunion ganz aufrichtig durch die amerikanische Politik den Aufbau des Sozialismus, die Liquidierung des Faschismus und die Schaffung des Friedens bedroht sieht und darum die planmäßige Vereitelung der amerikanischen Pläne als ihre unabweisbare Aufgabe erachtet. *Das* ist der leitende Gedanke der sowjetrussischen Politik, nicht «Expansion», «imperialistische Machtsteigerung», «Streben nach Weltherrschaft» und dergleichen. Es ist auch nicht so, daß sich der Kampf der Sowjetunion und des Kommunismus in erster Linie gegen die *Sozialdemokratie* richte, die von der «Kominform» zum «Weltfeind Nr. 1» erklärt worden sei, wie dies mit wehleidiger Selbstüberschätzung von sozialdemokratischer Seite so gern behauptet wird. Ihr Kampf richtet sich gegen die Sozialdemokratie nur insofern, als bestimmte Gruppen in ihr unzweifelhaft zum bloßen Anhängsel der bürgerlich-antisowjetischen Weltfront geworden sind. Und dafür sollte man auch dort einiges Verständnis aufbringen, wo man sich – wie es beispielsweise in einem von verschiedenen sozialdemokratischen Blättern der Schweiz abgedruckten gk-Artikel geschah – mit der hinter dem Marshall-Plan stehenden amerikanischen Politik vorbehaltlos solidarisiert und davon spricht, es gelte nun, die Kräfte einer «gesunden Wirtschaft», die Stützen der wahren «wirtschaftlichen Ordnung» gegen all die dunklen Mächte zu festigen, die «das wirtschaftliche Chaos wollen». Bisher wenigstens hat man meines Wissens unter Sozialisten das kapitalistische Regime weder als *gesunde* Wirtschaft noch überhaupt als wirtschaftliche *Ordnung* angesehen, sondern als offenbare wirtschaftliche Unordnung und Ausdruck eines höchst ungesunden Gewinn- und Machtstrebens. Und an dieser Beurteilung des Kapitalismus kann sich auch dann nichts ändern, wenn nun versucht wird, das von ihm geschaffene Chaos irgendwie zu *organisieren. Soweit* darf die Revision sozialistischer Grundanschauungen und Zielvorstellungen, die jetzt wieder einmal im Gang ist, dann doch nicht gehen!

Wenn das klargestellt ist, muß ebenso klar wiederholt werden, was

ich hier von Anfang an sagte, daß die russische Haltung zum Marshall-Plan *falsch* ist. Man kann es den verarmten und verwüsteten europäischen Ländern sicher nicht übel nehmen, wenn sie die Hand nach der ihnen angebotenen amerikanischen Hilfe ausstrecken, auch wenn sie damit in eine gewisse Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten und gefährlich eng mit dem Schicksal des amerikanischen Kapitalismus zusammengekettet werden. Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul! Die «sechzehn Bettlernationen» *müssen* zugreifen, wenn sie nicht vollends ganz in Armut versinken wollen; höchstens daß sie versuchen können, die Nachteile der amerikanischen Rettungsaktion etwas abzuschwächen, und das kann eben nur vom Boden des Marshall-Planes selber aus geschehen.

Gerade hier versagt aber die Sowjetpolitik. Indem sie sich zum Marshall-Plan rein negativ stellt, verzichtet sie darauf, einen *positiven* Beitrag zur Lösung des europäischen Problems zu leisten. Statt sich bewußt in den Mechanismus der Europahilfe einzuschalten und darin ein Gegengewicht gegen den überragenden amerikanischen Einfluß zu bilden, schaltet sie sich davon aus und gibt den kapitalistischen Kräften die Hand frei, Europa nach *ihrem* Willen zu formen. Denn von *außen* her das amerikanische Unternehmen zum Scheitern bringen zu wollen, ist schon wegen der ungeheuren Übermacht des gegnerischen Lagers ein aussichtsloses Beginnen und droht nur die konservativ-reaktionären Kräfte zu stärken. Mag die Sowjetunion doch, wenn sie schon nicht daran glaubt, daß auf dem Boden des Marshall-Planes fruchtbare Arbeit möglich ist, *ihr* politisches und wirtschaftliches System entwickeln und damit in friedliche Konkurrenz zum westlich-kapitalistischen System treten – dann wird man ja bald sehen, welches das bessere ist! So wie sie jetzt arbeitet, verschärft sie nur unnötig die Gegensätze und besorgt ungewollt die Geschäfte des Gegenspielers.

Der Kampf um Deutschland Das Scheitern der *Londoner Konferenz* der «großen» vier Außenminister kann einen in dieser Auffassung nur bestärken. Es wäre freilich allzu naiv (oder plump), einseitig die Russen für diesen neuen Mißerfolg verantwortlich zu machen. Wenn die Westalliierten die Sowjetrussen anklagen, sie saugten Deutschland vollends ganz aus, und ihre Reparationsforderungen kämen nur darauf hinaus, daß sie aus der deutschen Wirtschaft wieder herauszögen, was die Angelsachsen unter beträchtlichen Opfern in sie hineinpumpten; wenn sie es den Russen zum Vorwurf machen, daß sie darauf ausgingen, auch in den Westzonen Fuß zu fassen, ohne die Exalliierten ihrerseits im Osten mitreden zu lassen, so antworten die Russen mit dem gleichen Recht: «Ihr tut ja genau dasselbe, was ihr uns so übel nehmt! Ihr denkt gar nicht daran, uns Einfluß auf die Organisierung der westdeutschen Wirtschaft zu verstatten, wollt aber offensichtlich selbst auch in die

Ostzone hineinreden und zudem die bisherige Ostzone auf unsere und der Polen Kosten drastisch verkleinern. Ihr zeigt nicht das mindeste Verständnis für unser Bedürfnis und unser Recht, unsere ungeheuren Kriegsschäden wenigstens einigermaßen durch die Deutschen wiedergutmachen zu lassen (wenn ihr schon nicht selber uns helfen wollt oder könnt); ihr mutet uns zu, darauf zu verzichten, uns mit deutschem Gut bezahlt zu machen, weil euch die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft viel mehr am Herzen liegt als der Wiederaufbau der Sowjetunion.» Hier stehen sich einfach zwei Grundauffassungen und Interessenverknotungen gegenüber, die vorderhand unvereinbar sind, deren Gegensätzlichkeit aber unmöglich der Sowjetunion allein zur Last gelegt werden kann.

Aber haben denn eigentlich die Westmächte soviel Anlaß, über den Mißerfolg von London betrübt zu sein? Der Eindruck drängt sich ja förmlich auf, daß ihre Diplomatie die Konferenz mit voller Absicht hat auffliegen lassen, nicht nur, um wieder einmal die Russen als Bösewichte anprangern zu können, sondern vor allem, um nun endlich einmal *freie Hand in Deutschland* zu bekommen. Und die Russen haben trefflich mitgeholfen, ihr diesen Erfolg zu verschaffen! In der Tat: Jetzt können die Industrieunternehmungen Westdeutschlands rekapitalisiert – wieder ihren alten Besitzern, die Hitlers Kriegsmaschine montiert haben, zurückerstattet – werden, ohne daß die Russen dazu etwas zu sagen hätten. Jetzt kann das rheinisch-westfälische Industriegebiet reibungslos in den Marshall-Plan eingefügt werden. Jetzt kann Westdeutschland auch politisch reorganisiert werden; der Umbau des Behördenapparates in der britisch-amerikanischen Zone stellt bereits den Anfang dazu dar, wenn auch das Krebsübel, an dem die «Bizone» leidet, das Nebeneinander von deutschen und alliierten Behörden, nicht behoben worden ist und die Schaffung einer wirklichen deutschen Selbstverwaltung anscheinend noch in weiter Ferne steht. Bei all dem sind es vor allem die *Amerikaner*, deren Vormachtstellung in Westdeutschland mehr und mehr befestigt wird. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» stellt ganz richtig fest:

«Indem die Vereinigten Staaten (durch das jüngste Finanzabkommen mit Großbritannien. H. K.) den größten Teil der in Dollars anfallenden Besetzungskosten übernehmen, haben sie die Leitung des Außenhandels in der britisch-amerikanischen Zone zugestanden erhalten. Dies bedeutet, daß ihnen das maßgebliche Wort in der gesamten Wirtschaftspolitik zufallen wird. Aber die Ausweitung ihres Einflußbereiches scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Der in absehbarer Zeit zu erwartende Anschluß des französischen Besetzungsgebietes an das Zweizonen-Regime von Frankfurt scheint unabwendbar zu sein, und es hat nicht den Anschein, daß Frankreich mehr Selbständigkeit eingeräumt werden soll als Großbritannien. So dürften die Amerikaner binnen kurzem in Westdeutschland die eindeutige Führung erlangen. Seit geraumer Weile schon haben die Deutschen sich darauf einzurichten begonnen.»

Natürlich bleiben auch die *Russen* nicht müßig. Sie verstärken den «Würgegriff» auf Ostdeutschland, setzen die Parteien der Ostzone

unter erhöhten Druck (obwohl sich die Christlich-Demokratische Union die Absetzung ihres Präsidenten Jakob Kaiser durchaus nicht gefallen läßt), bereiten eine eigene Ostwährung vor und spielen mit dem Gedanken der Vertreibung der Westalliierten aus dem in die Ostzone eingesprengten Berlin. Aber wohin soll dieser Machtkampf um Deutschland eigentlich noch führen? Wie muß er auf die Deutschen wirken, die das gerade noch nötig gehabt haben, um in ihrem Unglauben gegenüber irgendwelchen *jenseits* aller Machtpolitik wirkenden Kräften erst recht bestärkt zu werden? Und vor allem: Wie soll Deutschland jemals genesen, solange seine Gesundung ohne Zusammenhang mit einer Erneuerung *Gesamteuropas* gesucht wird? Der «New Statesman» übertreibt nicht, wenn er meint:

«Mit oder ohne Ostzone kann Deutschland nicht wieder heraufkommen, es sei denn als Teil eines Westbundes. Ebenso sind alle Pläne für eine Zusammenarbeit unter den sechzehn Nationen aussichtslos, solange sie Deutschland ausschließen oder es auf *einer* Seite belassen. Das deutsche Problem ist und bleibt *das* europäische Problem ... Wenn die sechzehn Nationen, mit Frankreich und Großbritannien an der Spitze, nicht unverzüglich mit Plänen für die Verbindung ihrer eigenen Wirtschaft mit derjenigen Westdeutschlands herausrücken, dann hat der Marshall-Plan keine Hoffnung auf Erfolg und die französische Demokratie nur geringe Aussicht auf Fortbestand. In diesem Falle würde Deutschland unter ausschließlich amerikanische Herrschaft geraten.»

Das andere Amerika regt sich

Inzwischen geht in den Vereinigten Staaten selbst der Kampf um die Europahilfe weiter – der Kampf zwischen den «Großamerikanern», deren Sache die Regierung Truman-Marshall, unterstützt von dem republikanischen Außenpolitiker Vandenberg, führt, und den «Kleinamerikanern» mit Senator Taft, dem knorzigen, reaktionären ehemaligen Isolationisten und jetzigen Präsidentschaftsaspiranten, an der Spitze. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die «Großamerikaner» gewinnen, mit etlichen Beulen freilich, die ihnen ihre Widersacher wohl beibringen werden. Sie werden um so massiver siegen, je zügigere Argumente ihnen die russische Strategie liefert, und je eindrucksvoller der öffentlichen Meinung der Marshall-Plan, neben der Verwirklichung der Truman-Doktrin, als Werkzeug des Kampfes der Weltdemokratie gegen den russischen Despotismus hingestellt werden kann, an dessen Notwendigkeit die Mehrheit des amerikanischen Volkes mit missionarischem Eifer glaubt.

Gerade in dieser Lage ereignet es sich nun aber, daß jenes *andere* Amerika auf den Plan tritt, an das *wir* glauben, und von dem wir für die Welt noch Großes erwarten. Sämtliche «Realpolitiker», auch die auf der Linken leider, bezeichnen zwar jetzt, mit der üblichen Verbeugung vor der persönlichen Ehrlichkeit des Mannes, die Kandidatur von Henry *Wallace* für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten als groben taktischen Fehler. Und sicher hat der Kandidat der vielberufe-

nen dritten Partei, die sich jetzt wieder einmal bilden soll, nicht die mindeste Aussicht, im November gewählt zu werden; möglicherweise (wenn auch keineswegs sicher) trägt seine Beteiligung am Wahlkampf sogar zunächst nur dazu bei, daß der (noch nicht aufgestellte) Kandidat der Republikaner, also der rückschrittlicheren der beiden großen Parteien, gegenüber demjenigen der Demokraten, der sehr wahrscheinlich Truman sein wird, obenaufschwingt.

Aber wenn irgendwo, so ist hier die Taktik des «kleineren Übels» gänzlich verfehlt. Wenn irgend einmal, so gilt es in den Vereinigten Staaten jetzt, nicht in Taktik zu machen, sondern zum *Grundsatz* zu stehen. Denn Amerikas Innen- und Außenpolitik hat eine *grundsätzliche* Neugestaltung nötig, und für diese Aufgabe ist keine der beiden alten Parteien geschickt. Auch wenn man den Unterschied zwischen dem Durchschnitts-Republikaner und dem nördlichen oder westlichen Durchschnitts-Demokraten vollauf würdigt, so bleiben doch zwei Tatsachen hartnäckig bestehen. Erstens: Die starken und äußerst reaktionären Süddemokraten, deren Herrschaft sich auf die Entrechtung und Ausbeutung der Neger gründet, bilden ein derartiges Bleigewicht an der Gesamtpartei, daß sie eines Aufschwungs zu einer dauernd und entschlossen fortschrittlichen Politik unfähig ist. Und zweitens: Seit Roosevelts Tod haben sich in der Alltagspolitik die Unterschiede zwischen Demokraten und Republikanern derart verwischt, daß die amerikanische Innen- und Außenpolitik in Wahrheit von einer Zweiparteien-Koalition getragen wird, die in allen wesentlichen Fragen – Wirtschaftspolitik, Monopolfreiheit, Preiskontrolle, Gewerkschaftsgesetzgebung, auswärtige Politik usw. – ein Einparteiensystem ist.

«Die grundlegende Tatsache», so schreibt Henry Wallace im Artikel der «New Republic», in dem er seinen Entschluß begründet, «ist die, daß die Leitung dieses unseres Landes zurzeit nicht beim Volke liegt, sondern sozusagen bei einer Handvoll reicher Männer. Die Grundlage der Regierung, so wie sie heute bestellt ist, ist nicht das allgemeine Wohl, sondern das Sondervorrecht der Industrie- und Finanzriesen. Diese Riesen beherrschen beide Parteien.»

Und in einer Radioansprache stellte er nur zu richtig fest: «Es gibt keinen wirklichen Kampf zwischen Truman und einem Republikaner. Beide vertreten eine Politik, die dem Krieg zu unseren Lebzeiten die Tür öffnet und den Krieg für unsere Kinder gewiß macht.»

Die Politik des «kleineren Übels», um derentwillen die Schaffung einer dritten Partei immer wieder hinausgeschoben wurde, hat tatsächlich schon im Dezember 1946 Schiffbruch erlitten; die Republikaner haben – wie hier seinerzeit festgestellt wurde – trotzdem, oder zum Teil gerade deswegen, durchschlagend gewonnen, und die hinter ihnen stehenden reaktionären Kräfte werden auch in Zukunft, wenn nicht bei den Präsidentenwahlen, so doch gewiß bei den Parlamentswahlen gewinnen und in *beiden* Parteien die Mehrheit haben, wenn sich die

fortschrittlichen Kräfte nicht auf eigene Füße stellen und sich von den historischen Parteien ebenso lösen, wie sie das vor fünfzig Jahren in Großbritannien getan haben.

Aus dieser Sachlage hat Wallace nach langem Zögern und endlosen Enttäuschungen an seinen Parteigenossen die Folgerung gezogen. Mit dem charakterlosen, lähmenden Parteimischmasch ist es jetzt vorbei. Jetzt stehen sich wieder, endlich, *Grundsätze* gegenüber. Eine Fahne ist entrollt: die Fahne des *anderen* Amerika, und Henry Wallace ist berufen, sie seinem Volke voranzutragen. Mag er für einmal getrost unterliegen: der Tag wird kommen – hoffentlich nicht nach allzu schweren Zusammenbrüchen einer falschen Ordnung –, da *seine* Gedanken als rettend und wegweisend erkannt werden. Und Friedrich Albert Langes gutes altes Wort wird sich aufs neue bewahrheiten: «Der Realpolitiker mag im Augenblick recht behalten, aber dem Idealisten folgen die Jahrhunderte.»

Westeuropa Wenden wir den Blick nach den übrigen Weltteilen, so tritt uns fast überall die Tatsache entgegen, daß die innerpolitische Entwicklung mehr und mehr von der Einstellung zur amerikanischen Offensive, insbesondere zum Marshall-Plan, einerseits und zur russischen Gegenoffensive anderseits bestimmt ist. Eine Ausnahme macht scheinbar *England*. Es kämpft zunächst seinen eigenen Kampf weiter – großartig, erfolgreich. Die Produktionsleistung der Industrie, namentlich für Kohle, Stahl und Textilien, steigt dauernd an und gibt denen recht, die auf die gesunden Erneuerungskräfte des britischen Volkes gebaut hatten. Gleichzeitig verfolgt die Labourregierung ihren Sozialisierungsplan unbeirrt weiter; auf den 1. Januar sind die Eisenbahnen in Volksbesitz übergegangen, und die übrigen Verkehrseinrichtungen sowie namentlich die Eisen- und Stahlindustrie sollen im Laufe des Jahres ebenfalls drankommen. Nur ist es eben ganz unwahrscheinlich, daß die britische Wirtschaft auf einen neuen und festen Grund gestellt werden kann, ohne daß sie mit einer im gleichen Geist neugestalteten, das heißt sozialisierten, *kontinental-europäischen* Wirtschaft eng verbunden wird. Ist aber in dieser Richtung für absehbare Zukunft irgend etwas Ernsthaftes zu erwarten? Die völlige Abhängigkeit von Amerika und seinem Kapitalismus, in die sich England finanziell, politisch und militärisch begeben hat – man denke nur etwa an seine Deutschland- und Griechenlandpolitik –, gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß und mag sich – trotz allen Lippenbekenntnissen zur gleichmäßigen Unabhängigkeit vom amerikanischen wie vom Sowjetregime, wie sie Mr. Attlee letzthin wieder abgelegt hat – leicht als verhängnisvoll für die ganze Labourpolitik erweisen. Wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Haltung der Sowjetunion und neuerdings auch der Kommunistischen Partei Großbritanniens, die der La-

bourregierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen sucht, ganz dazu angetan ist, England vollends ganz ins amerikanisch-antisowjetische Lager zu treiben.

In *Frankreich* wird die Rechte ihres Sieges über die Kommunisten nicht froh. Die ursprünglichen Lohnbegehren der Streikenden, die durch Hunger ebenso wie durch Militärgewalt und Ausnahmegesetz zur Übergabe gezwungen wurden, mußten von der Regierung ja doch erfüllt werden; politisch gesehen aber herrscht gegenwärtig nur ein Waffenstillstand, der bei erster Gelegenheit in einen neuen, womöglich noch erbitterteren Krieg umschlagen kann. Die Versuche der Regierungskoalition, der verheerenden Teuerung, des Chaos in Handel und Wandel und der Defizitwirtschaft im Staatshaushalt Herr zu werden, sind trotz aller amerikanischen Hilfe von vornherein zum Scheitern verurteilt, da die regierenden Parteien weder willens noch fähig sind, über die so sichtbar versagende bürgerlich-kapitalistische «Ordnung» hinauszukommen. Daran ändern weder Léon Blums rein theoretische Proklamationen etwas, noch die Schaffung einer «Force Ouvrière», eines neuen, antikommunistischen Gewerkschaftsbundes, der schon jetzt stark nach rechts neigt und ganz danach aussieht, daß er in einer vielleicht schon nahen Zukunft eine Hauptstütze einer Diktatur de Gaulle sein wird. Die Gefahr wächst in der Tat, daß die Gegenrevolution offen zum Schlag gegen die kläglich schwachmütige «Regierung der Mitte» ausholt, die im Volk draußen seit der Massenabschwenkung von den katholischen Volksrepublikanern zur Französischen Volkssammlung ohnehin keine genügende Grundlage mehr hat, und deren letzte Hilfstruppen vor den neuen Steuergesetzen noch eiliger in die Arme de Gaulles flüchten. Was für ein Schicksal dabei der Sozialistischen Partei blühen wird, die seit der Befreiung fast die Hälfte ihrer Wählerschaft und einen Drittel ihres Mitgliederbestandes verloren hat und sich höchstens noch zu einem Viertel aus Angehörigen der lohnarbeitenden Klasse zusammensetzt, ist schwer vorauszusagen.

In *Italien* hat sich die klerikal-konservative Regierung de Gasperi, die sich durch Amerika kräftig gestützt weiß, durch Aufnahme von Republikanern und Rechtssozialisten (Gruppe Saragat) eine zuverlässige Mehrheit im Parlament gesichert. Die alte Volksnot und die neue Arbeitslosigkeit – man zählt schon über zwei Millionen Arbeitslose –, die durch die Deflationspolitik der Regierung erzeugt worden ist, droht aber auch hier zu einer Krise zu führen, von der noch nicht abzusehen ist, wie sie (machtmäßig wenigstens) gelöst werden könnte. Die Kommunisten rüsten jedenfalls energisch auf den Frühjahrswahlkampf hin, und die Linkssozialisten stehen mit ihnen weiterhin in enger Aktionsgemeinschaft.

Bezeichnend ist, daß man sich auch in *Spanien* Hoffnung auf amerikanische Hilfe macht (warum auch nicht? Soviel Verdienste um den Kampf gegen Demokratie und Sozialismus wie die griechische Reak-

tion hat schließlich auch Franco!) und mit Befriedigung die «fast völlige Einstellung der Kampagne gegen das Francoregime auf seiten der Westmächte» (Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» aus Madrid) feststellt. *Auch* eine Wirkung des kalten Krieges gegen die Sowjetunion – und eine ganz logische!

Der Osten und Südosten Die gefährlichste Zuspitzung des westöstlichen Gegensatzes ist aber in der Berichtszeit auf dem *Balkan* erfolgt. Denn daß hinter der förmlichen Ausrufung einer Regierung der *griechischen Widerstandsbewegung* und den neuen Vorstößen der Aufständischen im Epirus wie in Mazedonien zuletzt Rußland steht, darf als erwiesen betrachtet werden. Amerika hat denn auch sofort mit der Verstärkung seiner finanziellen und militärischen Hilfeleistung an die Athener Regierung geantwortet und droht jeden Staat, der es wagen sollte, die Regierung Markos anzuerkennen, als Friedensbrecher zu behandeln. Ja, ein amerikanischer Radiosprecher glaubte bereits warnen zu müssen: «Wenn irgendein Teil der Sowjettruppen die griechische Grenze überschreiten sollte, wird Europa seine erste Atombombe erleben!»

Soweit wird es nun freilich nicht kommen; dafür ist die russische Politik viel zu realistisch. Aber das muß dennoch erneut nachdrücklich festgehalten werden, daß *vom Standpunkt der überlieferten Machtpolitik aus* die Sowjetunion hundertmal mehr Recht hat, die Meerengen und das östliche Mittelmeer als zu seiner Einfluß- und Sicherheitszone gehörig zu beanspruchen, als die Vereinigten Staaten, die sich unbedingt befugt glauben, auf dem ganzen Erdball ihre Sicherheits- und Einflußsphären aufzubauen und namentlich im Nahen und Fernen Osten der Sowjetunion die Faust drohend unter die Nase zu halten, aber nicht im Traume daran denken, Rußland irgendwie das gleiche Recht einzuräumen. Und auch die Sache der Partisanen selbst, deren Führung ein gutes Programm politischer und wirtschaftlicher Reformen aufgestellt hat, ist unvergleichlich anständiger und demokratischer als die des korrupten Athener Regimes, das zu den summarischen Hinrichtungen, Massenverhaftungen und Verbannungen ihrer Gegner hinzu, die sie ohne Unterbruch fortsetzt, nun auch noch die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt und alle Streiks, ja schon die «Aufreizung» dazu, unter Androhung schwerer Strafen verboten hat. Je eher Amerika (und England, das durch Churchills gegenrevolutionäre Intervention im Winter 1944 den Grund zu der seitherigen unseligen Entwicklung gelegt hat) seine Hand von der Athener Diktaturregierung abzieht, desto besser für die Sache der Freiheit, die es doch zu verteidigen erklärt. Die Regelung der Meerengenfrage aber und die ganze Neuordnung der Balkanangelegenheiten wird ein Stück der allgemeinen Flurbereinigung zwischen den Westmächten und der Sowjet-

union sein müssen, die ja doch unvermeidlich ist, wenn die Dinge nicht schicksalhaft der Katastrophe entgegentreiben sollen.

Inzwischen koordinieren die vier kommunistisch regierten Balkan- und Donaustaaten – Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn – durch ein Netz von Verträgen ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung und schließen sich gleichzeitig enger an die *Sowjetunion* an, die mit einem Federstrich aufs neue eine in ihrer Tragweite freilich noch nicht überschaubare Währungs- und Preisreform durchgeführt hat. Die Absetzung des jungen Königs Michael von *Rumänien* fügt sich logisch in diesen Zusammenhang ein; für einen Monarchen, auch wenn er persönlich sympathisch und politisch eher fortschrittlich ist, hat ein kommunistisches Staatswesen wirklich nicht mehr viel Verwendung. Es wird allmählich einsam und ungemütlich um die paar noch verbleibenden gekrönten Häupter in Europa herum!

Die Dritte Kraft Unsere chronische Raumnot hat es mir verboten, die Geschehnisse in den europäischen Einzelländern mehr als nur kursorisch zu behandeln. Sie macht es mir diesmal vollends unmöglich, auf die für die Welt so überaus bedeutsamen Entwicklungen, die sich in *Asien* vollziehen, auch nur flüchtig einzutreten: auf den jüdisch-arabischen Krieg in *Palästina*, der durch Amerikas offenbare Absicht heraufbeschworen wurde, die Teilung des Landes nicht gegen den Willen der Araber durchzusetzen (Ölinteressen in Saudi-Arabien!), und dem die ohnehin mit den Arabern sympathisierenden Engländer erst recht untätig zuschauen; auf das demonstrative Abschwenken *Persiens* ins amerikanisch-britische Lager; auf den Kampf Indiens und Pakistans um *Kaschmir*; auf den fortschreitenden Niederbruch der Kuomingtang-Herrschaft in *China*, der im eigenen Lager eine amerikafeindliche, rußlandfreundliche Opposition erwachsen ist, und auf die immer weitere Ausdehnung der kommunistisch kontrollierten chinesischen Gebiete, die bereits hundert Millionen Menschen umfassen sollen.

Nur das muß am Schluß noch zusammenfassend ausgesprochen werden: Die auf die Erhaltung und Befestigung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen gerichtete Weltbewegung kann nur zum Verhängnis führen, wenn sie sich gemäß ihren eigenen Gesetzen weiter entfalten darf. Sie ist gegen die in jedem Betracht *notwendige* soziale Revolution, *die* Revolution unserer Zeit, gerichtet und darum im eigentlichen Sinn reaktionär. Sie bekämpft nicht allein den Kommunismus, sondern im Kommunismus die soziale und politische Umwälzung schlechthin. Und sie bekämpft deshalb den Kommunismus, dem nur durch Beseitigung seiner *Ursachen* beizukommen ist, mit falschen Mitteln, die zuletzt das Gegenteil von dem bewirken werden, was man erstrebt.

Es ist infolgedessen auch verkehrt und aussichtslos, im großen Kampf der Zeit eine kaltschnäuzig-neutrale Mittelstellung zwischen Kapitalismus und Kommunismus einnehmen zu wollen und beide Mächte als im Grunde ja doch gleichartige Gewaltsysteme auf dieselbe Stufe zu stellen, was ja meistens nur eine façon de parler ist, da der Hauptkampf tatsächlich doch immer gegen den Kommunismus und die Sowjetunion geht. Wir werden sicher das diktatorisch-totalitäre Element im Sowjetkommunismus radikal verneinen müssen; aber ebenso entschieden müssen wir das *revolutionär-sozialistische* Element, das über die ganze Welt hin in ihm wirkt und einer ersten Zeitnotwendigkeit entspricht, bejahen und es mit einem *freiheitlichen* Sozialismus verbinden, der eindeutig und in erster Linie Front gegen den imperialistischen Kapitalismus und seine Verbündeten macht. Nur in diesem Sinn ist eine «Dritte Kraft» berechtigt, notwendig und fruchtbar; wenn sie, in irgendeiner theoretischen Einkleidung, praktisch lediglich dazu dient, die Sache der Gegenrevolution zu fördern und die revolutionären Kräfte abzufangen und zu neutralisieren, dann wirkt sie eben in Wahrheit demokratie- und sozialismusfeindlich und streitet wider die höchsten Güter und Ziele unseres Glaubens.

Der religiöse Sozialismus hat bisher in seinen besten Ausprägungen die Lage immer so gesehen. Er ist nie blind gewesen für die falschen, weil materialistischen und persönlichkeitsfeindlichen Elemente im landläufigen Marxismus – ganz im Gegenteil. Und dennoch hat er entschlossen Ja zu ihm gesagt und ist zu ihm gestanden – weil er durch alle menschlichen Verzerrungen und Entartungen hindurch doch immer Gott selber in ihm am Werke sah, in Gericht und Verheißung. Sollten wir zum Kommunismus unserer Tage grundsätzlich anders stehen? Sollten wir den freiheitlichen Sozialismus, auf dessen Boden wir uns stellen und der ein so großes Erbe zu verwalten hat, kraft- und saftlos dahinserbeln, sich in antikommunistischem Eiferertum verbürgerlichen und ihn so tatsächlich zum Werkzeug der gesellschaftlichen Konservation, ja der Gegenrevolution herabsinken lassen? Das sei ferne von uns. Unsere Aufgabe liegt heute klarer als je vor uns. Und wir suchen jetzt, da es immer tiefer in die Entscheidungen hineingeht, mehr als je nach Kraft, sie treulich zu erfüllen. Möge sie uns allen im neuen Jahr in dem Maße geschenkt werden, in dem wir ihrer bedürfen.

13. Januar. *Hugo Kramer.*

Schweizerische Rundschau

Zug nach rechts Es ist vielleicht nicht einmal so ein Schaden, daß unsere letzte Schweizer Rundschau schon zwei Monate zurückliegt. Das schafft wenigstens zeitlich einen gewissen Abstand von Ereignissen, denen man räumlich so nahe steht, und läßt ihre Entwicklungsrichtung um so deutlicher hervortreten. Wohin der Weg geht, kann in der Tat nicht zweifelhaft sein. Er geht